

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und JugendPer E-Mail: selbstbestimmungsgesetz@bmfsfj.bund.decc: poststelle@bmfsfj.bund.de und info@bmfsfj.service.de**Bundesministerium für Justiz**Per E-Mail: poststelle@bmj.bund.de

12. Juni 2023

**#saveTDF- Stellungnahme zum geplanten
,Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG)‘**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir rund 500 Frauen und Männer der Initiative #saveTDF wenden uns heute an Sie mit einer Stellungnahme zum geplanten SBGG. #saveTDF ist hervorgegangen aus einer Mitglieder-Initiative im Verein TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e.V. – und ist nun eine Initiative für Transparenz, Demokratie und Frauenrechte.

Diese vorliegende Stellungnahme basiert auf der Stellungnahme, die Ihnen am 29. Mai 2023 im Namen von TERRE DES FEMMES e.V. (TDF) zugegangen war – unterzeichnet von der damaligen Stv. Vorstandsvorsitzenden Inge Bell. Zu dem Zeitpunkt war bei TDF noch ein Positionspapier zu „Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht“ in Gültigkeit, das soeben auf einer umstrittenen Mitgliederversammlung Anfang Juni 2023 zurückgezogen wurde. Deshalb verzeichnet Deutschlands größte Frauenrechtsorganisation derzeit eine massive Austritts- und Protestwelle – die Presse berichtet.

Der Konflikt um das Selbstbestimmungsgesetz hat TDF gespalten. Die Stellungnahme vom 29. Mai 2023 an Sie hat der neue Vorstand von TDF zurückgezogen.

#saveTDF steht weiterhin konsequent für einen Geschlechtsbegriff, der sich an der Biologie orientiert – und an der Seite von Mädchen und Frauen, denen Menschenrechtsverletzungen geschehen, weil sie *biologisch* weiblich sind.

#saveTDF hält fest an der humanistischen Position zu „Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht“, sie ist Grundlage für diese Stellungnahme.

Stellungnahme

Wir von #saveTDF streben grundsätzlich eine Welt an, in der kein Mensch von Gewalt oder Diskriminierung betroffen ist. Das Kernanliegen von #saveTDF ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen – transparent, demokratisch und frauenrechtlerisch.

Wir setzen uns ein für die Abschaffung patriarchaler Strukturen und damit von geschlechtsbasierter Diskriminierung und Gewalt an Mädchen und Frauen.

Der Ausgangspunkt geschlechtsbasierter Diskriminierung ist das Geschlecht. Das ‚Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag‘ (SBGG) plant den Geschlechtsbegriff zu verändern - und neu zu definieren, wer eine Frau und wer ein Mann sei. Jedem Menschen soll

zukünftig die Geschlechtszugehörigkeit freigestellt sein. Eine umfassende Rechtsfolgenabschätzung ist nicht ersichtlich.

Als Initiative mit breiter gesellschaftspolitischer Expertise und Menschenrechtsarbeit gegen strukturelle Geschlechterdiskriminierung und sexuelle Gewalt an Frauen und Mädchen, fokussiert diese Stellungnahme ausschließlich auf die prinzipielle Dimension ‚Geschlechtsdefinition‘.

Das geplante Gesetz hat darüber hinaus weitreichende Folgen, die durch vielfältige Frauenorganisationen seit Monaten öffentlich thematisiert werden (siehe Anlagen: Resolution der Fachtagung ‚Frauenrechte‘ Berlin, Offener Brief an Fraktionsvorsitzende, Appell des Frauenaktionsbündnis). Die - Im wahrsten Sinne des Wortes - einschneidenden Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind besorgniserregend. Insbesondere Mädchen haben in der Pubertät genügend Anlässe, lieber Jungen sein zu wollen, um dem zu entgehen, was sie in der Gesellschaft an Diskriminierung und Abwertung erleben.

Wir gehen davon aus, dass hierzu andere Expertinnen und Experten sich zu Wort melden und Stellungnahmen abgeben.

Prinzipielle Dimension

Die Geschlechtszugehörigkeit eines Menschen ist nicht veränderbar. Sie ist wie die Vergänglichkeit allen Lebens unverfügbar. Das geplante Gesetz führt in § 2 ein subjektives Gefühl („Geschlechtsidentität“) als neuen Rechtsbegriff ein. Eine individuelle Empfindung soll zukünftig von „jeder Person“ als Basis für die Änderung des eigenen Geschlechtseintrages genutzt werden können. Dadurch wird der Geschlechtseintrag beliebig und der bisherige, auf menschliche Biologie begründete Geschlechtseintrags, außer Kraft gesetzt.

„Gemäß Duden sind ‚Frauen‘ „erwachsene Personen des weiblichen Geschlechts“. Zukünftig wären ‚Frauen‘ darüber hinaus alle erwachsenen Personen, die sich selbst zur Frau erklären. Das geplante Gesetz eröffnet demnach potentiell jedem Mann, sich in jenen Räumen aufzuhalten, die bisher Frauen und Mädchen vorbehalten waren. Gleichzeitig beschränkt es potentiell jede Frau in ihrem Recht, Männer aus Frauen- und Mädchenräumen zu verweisen. Damit beschränkt es insbesondere lesbische Frauen in ihrem Recht, ausschließlich unter Frauen zu sein. In letzter Konsequenz beschränkt es alle Frauen in ihrem Recht, sich als Frauen unter Ausschluss von Männern politisch zu versammeln und zu organisieren.

Weltweit ist zu beobachten, dass Männern der Zugang zu Frauenräumen verwehrt wird, nicht, weil angenommen wird, dass alle Männer sexuell übergriffig und Vergewaltiger sind, sondern weil Vergewaltiger in der Regel Männer sind.

Die Struktur patriarchaler Macht kann nicht abgebaut werden, wenn der Anlass der patriarchalen Geschlechterordnung – die Biologie (Sex) – banalisiert und mit Gender (Geschlechtsrolle) gleichgesetzt wird.

Kein Mädchen dieser Welt kann innerhalb des Patriarchats der Zweitrangigkeit und potentiellen sexuellen Ausbeutung und Gewalt entrinnen, indem sie sich als "Nicht- Mädchen“ deklariert. Für die patriarchale Geschlechterordnung ist das biologische Geschlecht (Sex) der Anlass für die Unterdrückung von Mädchen und Frauen. Die stereotypen Geschlechtsrollen (gender) sind das Mittel, die Unterdrückung aufrecht zu erhalten. Das Patriarchat würde seiner Wirkmacht beraubt, indem immer mehr Menschen mutig aus dem engen Korsett der Geschlechterstereotype ausbrechen, sich nach eigener Weise bewegen, kleiden, lieben, anstatt ihr biologisches Geschlecht zu verlassen.

Wir solidarisieren uns als Menschenrechtsinitiative mit allen Menschen, die sich aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrung in der LGBTQI+ Community politisch zusammengeschlossen haben. Auch wenn unsere Kernanliegen nicht explizit ihre (Gewalt)Erfahrungen umfassen, so stehen wir von

#saveTDF an ihrer Seite und unterstützen ihre Bestrebungen, sich gegen Diskriminierung zu wehren und für ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu kämpfen. Auch hier liegt das Augenmerk auf den Frauen und Mädchen.

„Kein Parlament der Welt kann das biologische Geschlecht mit einer Abstimmung abschaffen. Dass die Mehrheit der Fraktionen im Bundestag dies versuchen will, ist besorgniserregend.“ (Offener Brief der Fachtagung ‚Frauenrechte‘ an Fraktionsvorsitzende im Dezember 2022).

Zusammenfassung

Das SBBG gefährdet die Rechte von Frauen und Mädchen und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Es wird die Akzeptanz und Toleranz gegenüber Menschen, die sich in der LGBTQI+ Community zusammengeschlossen haben erschweren, anstatt sie zu befördern. Es ist nicht geeignet, das Transsexuellengesetz zu ersetzen. Es bedarf einer konsequenten Rechtsfolgenabschätzung, um einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standzuhalten, insbesondere dann, wenn zukünftig, in Analogie ein ‚Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Alterseintrag‘ gefordert wird und nicht nur das selbstempfundene Geschlecht, sondern auch das selbstempfundene Alter beim Standesamt hinterlegt werden soll.

Mit feministischen Grüßen

Die rund 500 MitstreiterInnen von #saveTDF –
Initiative für Transparenz, Demokratie und Frauenrechte

Anlagen:

- TDF-Positionspapier „Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht“, September 2020
- Resolution der Fachtagung ‚Frauenrechte‘ Berlin, Dezember 2022
- Offener Brief an Fraktionsvorsitzende, Berlin, Dezember 2022
- Appell des Frauenaktionsbündnis FAB, November 2022

Hintergrund zu #saveTDF:

*Seit Juli 2022 wird TDF von einer massiven **Demokratiemrise und Richtungsstreit** erschüttert. Auslöser war der Alleingang der Geschäftsführerin mit 2 weiteren Vorständinnen gegen das Votum der Stellv. Vorsitzenden Inge Bell und vor allem gegen den klaren Willen zweier Mitgliederversammlungen, die 2020 erstmals beschlossene und im Juni 2022 bekräftigte Vereins-Positionierung zum Thema „Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht“ zurückzunehmen – nur 4 Wochen nach deren erneuter Bestätigung. Bereits zu diesem Zeitpunkt kehrten sofort Hunderte Mitfrauen und SpenderInnen dem Frauenrechtsverein den Rücken. Es kam zu breitem Widerstand, die „Initiative #saveTDF – eine Initiative für Transparenz, Demokratie und Vernetzung im Verein TDF“ formierte sich mit dem Ziel, eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu erwirken, um die Position und die Demokratie wieder in Kraft zu setzen. Dies wurde über Monate hinweg von der Berliner Geschäftsstelle blockiert, so dass #saveTDF auch mehrfach den Gerichtsweg beschritt. Erfolgreich, aber vergeblich. Nun kulminierte der Richtungsstreit auf der Mitgliederversammlung. In der Initiative #saveTDF engagieren sich über 500 Frauen und Männer.*

Mehr zur Chronologie des Konflikts und zum Richtungswechsel hier: www.saveTDF.info

Kontakt:

Marina Piestert

E-Mail: mail@saveTDF.info

Inge Bell

E-Mail: mail@saveTDF.info



TERRE DES FEMMES e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Tel. 030 40504699-0 • Fax 030 40504699-99
E-Mail: info@frauenrechte.de
www.frauenrechte.de

Positionspapier von TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e.V. zu Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht

Als Frauenrechtsorganisation strebt TERRE DES FEMMES (TDF) grundsätzlich eine Welt an, in der kein Mensch von Gewalt oder Diskriminierung betroffen ist. Das Kernanliegen von TDF ist, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen. TDF arbeitet seit der Gründung an der Abschaffung patriarchaler Strukturen und damit von geschlechtsbasierter Diskriminierung und Gewalt an Mädchen und Frauen. Wir haben die Gleichheit, Gleichwertigkeit und Erfahrungen von Mädchen und Frauen im Blick.

Als **Frauen**rechtsorganisation wendet sich TDF gegen jede Form von Menschenrechtsverletzungen, denen Mädchen und Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht ausgesetzt sind, ungeachtet ihrer konfessionellen, politischen, ethnischen und nationalen Zugehörigkeit sowie ihrer sexuellen Identität. Dieser Zweck ist in unserer Satzung verankert und dort, ebenso wie in unserem Feministischen Leitbild, definieren wir "Frauen" - in Übereinstimmung mit der Definition Internationaler Konventionen (z.B. CEDAW und Istanbul-Konvention) und des deutschen Duden - als „**Personen des weiblichen Geschlechts**“.

Als **Menschen**rechtsorganisation solidarisieren wir uns mit allen Menschen, die sich aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrung in der LGBTQI+ Community politisch zusammengeschlossen haben. Auch wenn die Kernanliegen von TDF nicht explizit die (Gewalt)Erfahrungen dieser Menschen umfassen, stehen wir an ihrer Seite und unterstützen ihre Bestrebungen, sich gegen Diskriminierung zu wehren und für ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu kämpfen. Auch hier liegt unser Augenmerk auf den Frauen und Mädchen. Für die patriarchale Geschlechterordnung ist das biologische Geschlecht (Sex) der Anlass für die Unterdrückung von Mädchen und Frauen. Patriarchale duale Logik trennt und hierarchisiert Menschen entlang des biologischen Körpers von männlich und weiblich. Aus biologischen Unterschieden (biologisch Geschlecht/Sex) werden soziale Geschlechter (Gender) konstruiert, die als "natürlich" vermittelt und dann so wahrgenommen und systemkonform erlebt und gelebt werden.

Die Arbeit von TDF fokussiert sich auf jene, die aufgrund ihres gegebenen, weiblichen Geschlechts (Körpers) diskriminiert und mit patriarchalen Erwartungen eingeschränkt werden. Sie hinterfragt jede Zuweisung von Eigenschaften auf Grundlage des weiblichen Geschlechts (Beispiel: Frauen sind emotionaler, weil sie Frauen sind, Frauen müssen Kinder kriegen und für sie sorgen, weil sie biologisch dazu befähigt wurden etc.)

Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen eigene Schutz- und Freiheitsräume erhalten, die ihnen eine freie Entfaltung, weit weg von patriarchalen Vorstellungen, ermöglichen. Das Patriarchat wird seiner Wirkmacht beraubt, indem immer mehr Menschen mutig aus dem engen Korsett der Geschlechterstereotype ausbrechen, sich nach eigener Weise bewegen, kleiden, lieben, ohne das biologische Geschlecht zu verlassen.



TERRE DES FEMMES e. V.

Bundesgeschäftsstelle

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin

Tel. 030 40504699-0 • Fax 030 40504699-99

E-Mail: info@frauenrechte.de

www.frauenrechte.de

Wir stellen fest, dass insbesondere lesbische Mädchen und Frauen und alle, die sich geschlechtsspezifischen Erwartungen verweigern, unter patriarchalen Rollenvorstellungen leiden. Als TDF setzen wir uns dafür ein, dass eine Vielzahl von Lebensentwürfen von Frauen unabhängig von patriarchalen Vorstellungen in der Gesellschaft Akzeptanz finden. Unser Ziel ist es, dass patriarchale Rollenverständnisse und Körperbilder verschwinden.

Die Struktur patriarchaler Macht kann jedoch nicht bekämpft werden, wenn der Anlass der patriarchalen Geschlechterordnung – die Biologie (Sex) – mit Gender gleichgesetzt wird.

Kein Mädchen dieser Welt kann innerhalb des Patriarchats der Zweitrangigkeit und potentiellen sexuellen Ausbeutung und Gewalt entrinnen, indem sie sich als "Nicht- Mädchen" fühlt und deklariert. Kein Junge dieser Welt, der sich per Willenserklärung vom „Junge-Sein" verabschiedet, kann den patriarchalen Erwartungen entrinnen, die ihn als zum ‚stärkeren Geschlecht‘ gehörig definieren.

Transgender bilden eine vulnerable Gruppe, weil auch sie nicht den patriarchalen Vorstellungen entsprechen. TDF unterstützt Transgender in ihrem Recht, ihr empfundenes Geschlecht selbstbestimmt ausdrücken zu können.

TDF begrüßt den gesellschaftlichen Wandel, der transsexuelle Menschen nicht länger als "krank" oder "gestört" betrachtet, sondern ihre gefühlte Geschlechtszugehörigkeit im Sinne ICD 11-WHO und DSM 5 als „Normvarianten im Gender-Spektrum" gelten lässt.

Ein Eintritt durch Transition in fest definierte Geschlechterrollen mit den ihnen entsprechenden Stereotypen ändert allerdings nichts an Binarität oder Hierarchisierung innerhalb des Systems. Er kann im Gegenteil dazu beitragen, das Patriarchat fortzusetzen, zu bekräftigen und sogar dazu führen, patriarchale Logik, Sozialisation und Strukturen in Frauenräume, hineinzutragen. Wir unterstützen das Recht, das empfundene Geschlecht auszudrücken, setzen aber dort Grenzen, wo dieser Ausdruck das Recht von Frauen auf eigene Räume (z.B. Frauenhäuser) und Selbstorganisation auch unter Bezug auf den Körper betrifft.

Mädchen müssen im Prozess auf der Suche nach sexueller Orientierung und Identität bestmöglich, d.h. durchaus auch hinterfragend, unterstützt werden. Keinesfalls darf dem Wunsch zur Transition einer Minderjährigen undifferenziert und ohne fachkundige Prüfung und Beratung über Ursachen und Folgen ihres Wunsches nachgegeben werden.

Das gilt ganz besonders, wenn mit der Transition körperliche Eingriffe (Hormonbehandlung und operative Eingriffe) verbunden werden. Das verstehen wir unter Mädchenschutz. Mädchen haben insbesondere in der Pubertät genügend Anlässe, lieber Jungen sein zu wollen, um dem zu entgehen, was sie in der Gesellschaft an Diskriminierung und Abwertung erleben. Fachleute stellen beim Wunsch nach Transition bereits eine "irritierende Auffälligkeit bei Jugendlichen" fest. Beispiel: in München (05/20) wollen achtmal mehr Mädchen zu Jungen werden als umgekehrt.

Als Frauenrechtsorganisation fordert TDF seit 40 Jahren weibliche Selbstbestimmung: my **body** my choice! TDF grenzt sich allerdings ab von extremen Positionen, die Frauen das Frausein



TERRE DES FEMMES e. V.

Bundesgeschäftsstelle

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin

Tel. 030 40504699-0 • Fax 030 40504699-99

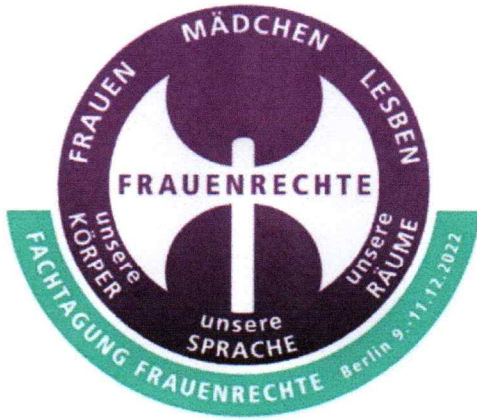
E-Mail: info@frauenrechte.de

www.frauenrechte.de

absprechen wollen und damit den körperbezogenen Begriff "Geschlecht" beziehungsweise "Frau" löschen wollen. TDF macht sich schon immer dafür stark, dass geschlechtsspezifische Daten erhoben werden müssen. Durch Bestrebungen, den Geschlechtseintrag bei der personenstandsrechtlichen Registrierung abschaffen zu wollen, wäre dies, entgegen den internationalen Verpflichtungen Deutschlands (z. B. der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen), unmöglich. Statistiken zu geschlechtsspezifischer Gewalt (Partnerschaftsgewalt, Vergewaltigung, sexuelle Übergriffe, Femizid, Ehrverbrechen, Menschenhandel usw.), dem Gender Pay Gap und sämtlichen Formen der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht würden damit abgeschafft.

Gewalt an Frauen und Mädchen sichtbar zu machen und zu verhindern, ist und bleibt Aufgabe von TERRE DES FEMMES.

Berlin, den 12. September 2020



Fachtagung Frauenrechte

Unsere Körper Unsere Sprache Unsere Räume

Self-ID Gesetz - Frauenappell an den Bundestag

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Mützenich, SPD
Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Dröge, Bündnis 90/Die Grünen
Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen
Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dürr, FDP
Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Merz, CDU
Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Bartsch, Die Linke
Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Mohamed Ali, Die Linke

Frauen-Initiativen aus ganz Deutschland haben sich am vergangenen Wochenende zu einer Tagung in Berlin versammelt. Sie haben beraten, wie das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ verhindert werden kann.

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten für viele Gesetze engagiert, die die Situation von Frauen in der Bundesrepublik verbessert haben.
Das „Selbstbestimmungsgesetz“ steht nicht in dieser Tradition.

Es sind die Fraktionen im Bundestag, die über Gesetze entscheiden. Ihre Verantwortung ist es, vorher die Folgen Ihres Tuns abzuschätzen.

Kein Parlament der Welt kann das biologische Geschlecht mit einer Abstimmung abschaffen. Toleranz lässt sich nicht mit einem Bußgeld erzwingen. Verständnis und Respekt können Sie nicht staatlich anordnen. Dass die Mehrheit der Fraktionen im Bundestag dies versuchen will, ist besorgniserregend.

Bitte lesen Sie den beiliegenden Appell des FrauenAktionsBündnisses FAB. Setzen Sie sich mit den Warnungen und Bedenken darin inhaltlich auseinander. Jede und jeder Abgeordnete wird nicht nur heute oder morgen, sondern auch noch in 20 oder 30 Jahren die Frage beantworten müssen, ob sie die Verabschiedung dieses Gesetzes unterstützt haben.

Frauen- und Kinderrechte brauchen den Schutz des Bundestages.

Mit freundlichen Grüßen

Monne Kühn, Prof. Dr. Eva Rieger

i.A. der Fachtagung Frauenrechte, Berlin, 9. bis 11. Dezember 2022

Fachtagung.Frauenrechte@gmx.de

Telefon 0176 82467129

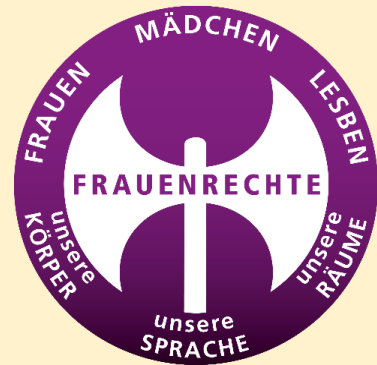
Anlage

- Resolution der Fachtagung Frauenrechte
- Appell des FrauenAktionsBündnisses FAB: Nein zum „Selbstbestimmungsgesetz“!
- Unterschriftenliste

Fachtagung „Frauenrechte“

09. – 11. Dezember 2022

Berlin



Resolution

Als feministische Menschenrechtsaktivistinnen und Expertinnen für Frauen – Mädchen – und Lesbenrechte sagen wir

Nein

zum „Selbstbestimmungsgesetz“

Die 60 Teilnehmerinnen der Fachtagung „Frauenrechte“ sprechen sich einstimmig gegen ein Selbstbestimmungsgesetz aus, wie es im Eckpunktepapier im Juni 2022 von der Regierung vorgestellt wurde. In unserer Begründung und unseren Forderungen schließen wir uns dem „**Appell des FrauenAktionsBündnis FAB**“ vom November 2022 in vollem Umfang an.

Berlin, 11.12.2022

Nein zum „Selbstbestimmungsgesetz“!



Worum geht es?

Die Ampelkoalition plant ein Gesetz, das an die Stelle des derzeit gültigen Transsexuellengesetzes (TSG) mit seinen Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstandsrecht treten soll. Bisher setzt eine solche Änderung ein Verfahren mit Sachverständigen-Gutachten und spezifischen Maßnahmen voraus. Vorgesehen ist jedoch, dass das TSG nicht nur reformiert, sondern abgeschafft wird. Stattdessen soll ein neues Gesetz eingeführt werden, das die Personenstandsänderung nicht nur einer Minderheit, sondern allen Menschen gestattet, und zwar voraussetzungslos und ohne objektivierbare Kriterien. Bisher liegt für diesen Gesetzentwurf ein Eckpunktepapier vor, dieses wurde am 30.06.22 vorgestellt.¹

Das neue Gesetz wird als „Selbstbestimmungsgesetz“ bezeichnet - korrekter ist jedoch der Begriff „Selbstidentifikation“, in Kurzform „Self-ID“, denn das ist der Kern des geplanten Gesetzes. Jeder Person ab 18 Jahren soll ermöglicht werden, durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Nicht mehr das unveränderliche biologische Geschlecht soll grundsätzlich der Rechtskategorie „Geschlecht“ zugrunde liegen, sondern die Selbstauskunft einer Person, eine bestimmte „Geschlechtsidentität“ zu haben. Weiterhin sieht das Eckpunktepapier vor, dass der Geschlechtseintrag jährlich änderbar ist. Darüber hinaus soll das Ansprechen mit dem früheren Geschlechtseintrag, Pronomen oder Namen mit einem Bußgeld bestraft werden können. Schon bei Kindern soll der Geschlechtseintrag auf Wunsch der Eltern geändert werden können. Jugendliche ab 14 dürften dies gegen den Willen der Eltern gerichtlich erwirken. Eine gesetzliche Forderung nach explorativer oder sachlich-neutraler Begleitung dieser Minderjährigen im Vorfeld ist nicht geplant.

Was bedeutet das?

Die Begriffe „Frau“ und „Mann“, die auf der biologischen Zweigeschlechtlichkeit beruhen, würden ohne diese objektivierbare Grundlage bedeutungslos. Eine frei wählbare, subjektive „Geschlechtsidentität“ würde zum Bezugspunkt für alle anderen Gesetze und gesellschaftlichen Bereiche, für die das Geschlecht relevant ist – so das gesamte Familien-, Sozial- und Arbeitsrecht. Männer könnten fordern, als Frauen behandelt zu werden und Frauen dürften dagegen keinen Widerstand mehr leisten.

Was sind die Folgen?

In Deutschland wächst die Anzahl von Jugendlichen, die ihr Geschlecht ändern lassen wollen, rapide an: die große Mehrheit von ihnen sind Mädchen. Eine Self-ID-Regelung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sie irreversible, komplikationsanfällige medizinische Maßnahmen (Testosterongabe, Brustamputation, Entfernung der Eierstöcke und Gebärmutter, Genital-OPs) an sich durchführen lassen werden. Pubertätsblocker, Hormone und Operationen sind keine Medizin für ein psychisches Leiden am weiblichen Körper. Sie machen aus verzweifelten jungen Frauen mit gesunden Körpern lebenslange Patientinnen, die anschließend unter den irreversiblen Folgen der medizinischen Eingriffe leiden. Diese medizinischen Eingriffe an Minderjährigen sind momentan erlaubt und werden durchgeführt. Wenn Frauen und Mädchen leiden, weil sie mit ihrer Individualität und Sexualität in keine Schublade passen, ist es nicht ihr weiblicher Körper, der geändert werden muss. Was verändert werden muss, ist der krankmachende Schönheits- und Konformitätsdruck einer technologischen Machbarkeits- und Pharmaindustrie, der junge Frauen in Depressionen, Ängste und Essstörungen treibt – und immer häufiger in ihrer Not über den Anker einer Identifikation als „trans“ und „non-binary“ zu einseitig ausgerichteten ÄrztInnen und Beratungsstellen.

Wenn hingegen Männer via Selbstauskunft bestimmen können, dass sie vor dem Gesetz ebenfalls als Frauen gelten, verlieren Frauen von Neuem das Recht auf Privatsphäre, Sicherheit, Fairness und das Recht, als Frauen ihre Rechte einzufordern.

Jeder Mann, der angibt, sich als Frau zu identifizieren, bekäme durch dieses Gesetz legal Zutritt zu Frauenräumen. Er erhielte Anspruch auf Frauenlistenplätze im Bundestag, Teilhabe an Frauenförder- und Gleichstellungsmaßnahmen und auf Aufnahme als Frau unter Frauen. Wenn Frauen gezwungenermaßen alle Männer, die angeben, sich als Frau zu identifizieren, als Frauen behandeln müssen, verlieren sie ihr Recht, diese aus geschützten, autonomen, politischen, kulturellen oder sozialen Frauen- und Lesbenräumen zu verweisen.

Internationale Erfahrungen zeigen, was es für Frauen und Mädchen bedeutet, wenn das Konzept der „Geschlechtsidentität“ mehr wiegt als die Kategorie des biologischen Geschlechts und Männer und Jungen dies für sich nutzen:

- Mädchen und Frauen können sich nicht frei von Männern – oder frei von Sorge vor Männern – umziehen und duschen: Nicht beim Sport, nicht im Spa, nicht im Schwimmbad. Auf Frauentoiletten kann sich jeder Mann, der angibt, sich als Frau zu identifizieren, ungehindert aufhalten. In Schulen und Sportvereinen müssen sich Mädchen neben Jungen umziehen und in Jugendherbergen und Schullandheimen das Zimmer mit ihnen teilen, wenn diese angeben, sich als Mädchen zu identifizieren.

1 <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/eckpunkte-fuer-das-selbstbestimmungsgesetz-vorgestellt-199378>

- (Sexual-)Straftäter lassen sich in Frauengefängnisse verlegen und begehen dort erneut Sexualstraftaten.
- Frauen, die vor häuslicher Gewalt in ein Frauenhaus flüchten, müssen dort ihr Zimmer mit Männern teilen und können sich nicht dagegen wehren.
- Mädchen und Frauen haben nicht mehr die Wahl, ob und wann sie mit Jungen und Männern in Gruppen gemeinsam in Kontakt treten wollen.
- Männer, die angeben, sich als Frauen zu identifizieren, treten im Sport gegen Frauen an, gewinnen Titel und Preise, brechen Frauenrekorde, bekommen Sportförderung und gefährden in Kontaktsportarten die Gesundheit ihrer Kontrahentinnen.
- Lesben, also frauenliebende Frauen, werden gedrängt, Männer als potentielle Sexualpartner oder Mitglied von lesbischen Netzwerken zu akzeptieren.
- Die Strafverfolgung wird erschwert, wenn (männliche) Straftäter durch Änderung ihres Personenstands eine Löschung ihrer alten Daten erwirkt haben.
- Die Überprüfung von Gleichstellungspolitik, Quoten und Zielgrößen in Politik, Wirtschaft und Kultur wird erschwert, da die zu fördernde Gruppe der Frauen nicht eindeutig bestimmbar ist.
- Für Frauen relevante Statistiken werden verzerrt oder verfälscht, z.B. in Bezug auf geschlechtsspezifische Medizin, ungleiche Bezahlung, Gewalt gegen Frauen und die Gewalt- und Kriminalstatistiken insgesamt (wenn beispielsweise Vergewaltigter als Frauen erfasst werden).

Wir fordern:

1. Das biologische Geschlecht muss als rechtliche Kategorie erhalten bleiben. Aus Gründen der Rechtssicherheit und zum Schutz von geschlechtsbasierten Rechten darf der jetzige Geschlechtsbegriff (m, w, d) weder im Grundgesetz noch in anderen Gesetzen und Verwaltungsvorschriften durch das Konzept der „Geschlechtsidentität“ ersetzt oder ergänzt werden.
2. Eltern, MedizinerInnen und TherapeutInnen müssen das Recht und die Pflicht haben, Minderjährige explorativ und sachlich-neutral zu begleiten.
3. Das Recht von Frauen, einen Mann ungeachtet seiner Selbstidentifikation als Mann zu bezeichnen, darf weder als Hassrede noch als Ordnungswidrigkeit oder gar als Straftat gewertet werden.
4. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik darf nicht durch einen nicht objektivierbaren Geschlechtsbegriff ausgehöhlt werden. Dazu ist nötig, dass neben dem Erhalt und Ausbau finanzieller Förderung auch Statistiken aussagekräftig in Bezug auf das biologische Geschlecht bleiben und sichergestellt wird, dass Frauenquotenplätze nur von Frauen besetzt werden.
5. Frauen haben das Recht, Männer aus ihren Räumen zu verweisen: Dieses Recht muss in Lesben- und Frauenräumen, in Frauenschutzräumen und auch bezüglich der Versammlungsfreiheit für und von Frauen garantiert werden.
6. Wir fordern eine öffentliche Debatte aller politischen Vorhaben, die Auswirkungen auf die Rechte von Frauen und Mädchen haben werden. Wir fordern eine seriöse Rechtsfolgenabschätzung bezüglich der Benachteiligung und Gefährdung von Frauen und Mädchen, die nach unserer Einschätzung durch das geplante Gesetz entstehen wird.

Wir appellieren an die Bundesregierung und alle ParlamentarierInnen, Mädchen zu schützen, für die Rechte von Frauen einzustehen und daher das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ abzulehnen.



FrauenAktionsBündnis

Arbeitskreis „Geschlechtsbasierte Rechte der Frau“, Detrans, Fairplay für Frauen, die Orga des
Lesbenfrühlingstreffen LFT2021 Bremen, Women's Declaration International/WDI Deutschland
frauenaktionsbueundnis-fab@gmx.de

gemeinsam mit

Europäische Gesellschaft für Geschlechtergerechtigkeit e.V.i.G., Feministische Partei DIE FRAUEN,
Fraueninitiative 04 e.V., Frauen- und Kinderhaus e.V. Uelzen, KOFRA Verein (Kommunikationszentrum für Frauen
zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.) München, Initiative Geschlecht zählt, Initiative „Lasst Frauen sprechen!“,
Radfem Berlin, Radfem Bremen-Bremerhaven, Radfem Kollektiv Berlin, radfem ffm, Radfem Munich, Radfem
Kollektiv Darmstadt, SAFIA e.V. – Lesben gestalten ihr Alter, SISTERS – für den Ausstieg aus der Prostitution! e.V.,
Die Störenfriedas, TERRE DES FEMMES Städtegruppe Berlin, TERRE DES FEMMES Städtegruppe Bremen,
TERRE DES FEMMES Städtegruppe Dortmund, TERRE DES FEMMES Städtegruppe Hamburg,
TERRE DES FEMMES Städtegruppe Stade

im November 2022

Anlage zur Resolution Fachtagung „Frauenrechte“ vom 11.12.2022

Vervollständigt 13.12.2022

Wir Teilnehmerinnen der Fachtagung „Frauenrechte“ unterzeichnen namentlich die heute verabschiedete Resolution „Nein zum Selbstbestimmungsgesetz“, stellvertretend für alle 60 Teilnehmerinnen, auch für diejenigen, die aus Sorge um mögliche politische, berufliche und persönliche Konsequenzen ihre Unterschrift nicht geben können.

1. Bappert, Regina, Journalistin
2. Prof. Dr. Barz, Monika, Frauen- und Geschlechterforschung
3. Beck, Julia, Feministin, Kundenberaterin
4. Bell, Inge, Unternehmensberaterin, Stv. Vorsitzend von TERRE DES FEMMES
5. Binek, Barbara, Aktivistin
6. Bischoff, Susanne, Dipl. Sportlehrerin, Körpertherapeutin
7. Bobsin, Mica, Dipl. Päd., Psychotherapeutin
8. Constabel, Sabine, Dipl. Soz. Arb.
9. Duwe, Rona, Grafik- Designerin, Autorin
10. Engelken, Eva, Juristin, PR-Beraterin
11. Eren, Güleren, Feministin
12. Guth, Barbara
13. Heinze, Claudia, Rentnerin
14. Jurczok-Steding, Tatjana, Ärztin
15. Konrad, Ilona, Designerin, Programmiererin
16. Kühn, Monne, Dipl. Päd.
17. Lahrssen, Nina, Sozialpädagogin
18. von Lengerke, Christiane, St. Dir. i. R.
19. Dr. Long, Julia, Sozialwissenschaftlerin
20. Manthey, Astrid, Sozialwissenschaftlerin
21. Mengel, Monika, Journalistin
22. Meyer, Claudia, Journalistin
23. PD Dr. Nierop, Jantine, Theologin, Pfarrerin
24. Dr. Osterland, Astrid, Sozialwissenschaftlerin
25. Perincioli, Cristina, Regisseurin
26. Prof. Dr. Pusch, Luise, Sprachwissenschaftlerin
27. Prof. Dr. Rentmeister, Cillie, Kunsthistorikerin
28. Prof. Dr. Rieger, Eva, Musikwissenschaftlerin
29. Schwathe, Hilde, für die Initiative „Geschlecht zählt“
30. Senft, Solveig, Gymnasiallehrerin, Künstlerin
31. Smith, Maren, Übersetzerin
32. Schon, Manuela, Sozialwissenschaftlerin
33. Wagner, Andrea, Frauen-Lesbenrechtsaktivistin
34. Wagner, Ina, Dipl. Wirt. Ing.
35. Wandt, Bodil, WDI, Womens Declaration International, Schweden